

Dr. Patrick Rapp MdL

Ihr Landtagsabgeordneter für den Breisgau



Newsletter April 2022

Im Krisenmodus



Noch zu Beginn des Jahres war eine Situation, wie wir sie jetzt erleben für uns nicht wirklich vorstellbar. Ein brutaler Angriffskrieg findet keine zwei Flugstunden von uns entfernt statt – mitten in Europa.

Erst die Pandemie, nun ein Krieg. Dies wird sich auf unser Leben auswirken. Ja, eine Zeitenwende.

Dies wird uns in Zukunft prägen. Unser gesellschaftliches Zusammenleben wird beeinflusst aber auch die wirtschaftliche Entwicklung hier und in ganz Europa muss sich neu ausrichten. Und, das sollten wir uns eingestehen, diese Zeitenwende wird jedem Einzelnen einiges abverlangen. Auch das gehört zur Wahrheit. Wir erleben geflüchtete Menschen die zu uns kommen. Wir helfen. Die Hilfsbereitschaft egal ob von Privatpersonen, Firmen, Kommunen oder auch vom Land, ist groß. Diese Solidarität speist sich aus dem Bedürfnis in der Not zusammenzustehen.

Wir nehmen die Auswirkungen auch in wirtschaftlicher Hinsicht wahr. An der Tankstelle, bei den Strom- und Heizkosten, beim Einkauf. Die Inflation betrug im März über 7%. Und diese Inflation wird uns nach Meinung diverser Wirtschaftsforschungsinstitute auch noch längere Zeit beschäftigen. So, wie dies uns Bürgerinnen und Bürger betrifft, sind aber auch unsere Betriebe und Industrien betroffen. Auch sie haben mit höheren Energie- und Rohstoffpreisen und mit dem Mangel zu arbeiten. Und müssen diese gestiegenen Kosten dann wiederum an die Verbraucher weitergeben. Allerdings gibt es unterschiedliche Einflüsse. Zum einen haben wir es mit dem Krieg in der Ukraine und den damit verbundenen Wirkungen zu tun. Dies betrifft in erster Linie den Energiesektor. Derzeit beziehen wir noch Gas und Öl aus Russland. Ein Embargo für diese Energieträger wird derzeit in der EU diskutiert. Sicher ist es so, dass ein Embargo von Russischen Energieträgern moralisch geboten scheint. Auf der anderen Seite müssen wir uns auch darüber im Klaren sein, was dies für uns und unsere Wirtschaft bedeutet. Viele Industriezweige - Chemische Industrie, Kunststoffe aber auch das Transportgewerbe - sind auf diese Produkte angewiesen, wie auch die privaten Haushalte. Dass die Energiepreise gestiegen sind, ist nicht erst seit dem Ukrainekrieg so. Bereits in der 2. Hälfte des letzten Jahres hatten wir deutliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Diese Preissteigerungen treffen unsere Wirtschaft, in einer Zeit in der die Auswirkungen der Pandemie noch nicht ausgestanden sind. Aber auch in anderen Sektoren gibt es Auswirkungen. Manche Lieferketten sind unterbrochen, sei es durch mangelnde Frachtkapazität, sei es durch Hochfahren der Produktion nach der Pandemie. Oder sei es, dass einer unserer Hauptlieferanten – China - durch seine Null-Covid-Strategie die Produktionen in seinem Land einschränkt. Dies alles führt zu Unwägbarkeiten, die wir so nicht kannten. So sind manche Materialien in der Bauwirtschaft nur mit langen Lieferzeiten und deutlich gestiegenen Preisen verfügbar, was am Ende zu höheren Baukosten und dazu führt, dass die Betriebe zwar volle Auftragsbücher haben, diese aber aufgrund fehlender Materials nur schwer ausführen können. Alles in allem eine sehr vielschichtige Gemengelage, die sich kurzfristig nicht auflösen lässt. Der Ruf nach regenerativen Energien wird lauter. Und sicher ist es so, dass wir an dieser Stelle deutlich mehr Fahrt aufnehmen müssen. Zum einen, um uns unabhängiger von Importen zu machen, zum anderen aus Klimaschutzgründen. Aber hier sind kurzfristige Maßnahmen schwer umsetzbar. Hier brauchen wir Zeit für tragfähige Lösungen und deren Umsetzung. Wir werden Kompromisse eingehen müssen. Und wir werden auf verschiedenste Energieformen zurückgreifen müssen. Ob uns hier ein geplanter Förderstopp für Holzpellettheizungen – wie ihn das Bundeswirtschaftsministerium plant – weiterbringt, darf bezweifelt werden.

Sag e mol.....

Zeitenwende – Möglichkeit für Gestaltung?!

Der Begriff „Versorgungssicherheit“ ist in den letzten Wochen in aller Munde. Eine Vokabel, über die wir uns die letzten Jahre, ja Jahrzehnte – so glaubten wir zumindest – keine Gedanken zu machen brauchten und auch nicht wirklich machten. Nun reden wir plötzlich über Energie, über Nahrungsmittel und andere, grundlegende Produkte in einer ganz anderen Weise wie in den vergangenen Jahren. Sicher ist, dass wir um Importe nicht herumkommen werden. Auch wenn wir unsere Energie durch regenerative Energien komplett selbst erzeugen können, benötigen wir für den Ausbau dieser Infrastruktur Metalle, seltene Erden und andere Materialien, die wir nicht besitzen.

Aber Versorgungssicherheit hat einen weiteren Aspekt. Mit diesem Begriff wird uns bewusst – oder sollte uns vielmehr bewusst werden – dass es Vorteile mit sich bringt, Produkte im eigenen Land herstellen zu können und wenn wir sie doch importieren müssen, auch einlagern zu können. Hierzu ist aber Produktion vor Ort notwendig. Gleiches gilt im Übrigen für die Landwirtschaft – auch wenn wir hier in manchen Bereichen durch reflexartigen Kauf von einigen Kilo Mehl und ein paar Flaschen Sonnenblumenöl selbst für eine Verknappung sorgen. Wenn uns diese „Versorgungssicherheit“ so wichtig ist, dann müssen wir Betrieben – egal ob Industrie, Handwerk oder Landwirtschaft – aber die Möglichkeit geben, hier zu produzieren. Und zwar so zu produzieren, dass sich dies auch lohnt.

Haben wir vielleicht in Punkten Vorgaben, Regulierungen und Bürokratie nicht manchmal überzogen in den letzten Jahrzehnten? Überzogen dergestalt, dass es sich für viele Betriebe auch nicht mehr gelohnt hat, bei uns bestimmte Güter herzustellen? Wenn wir also von Versorgungssicherheit reden müssen wir uns auch dahingehend ehrlich machen, dass wir eine Produktion im eigenen Land aktiver unterstützen und Hemmnisse abbauen, denn so können wir die Versorgung der Bevölkerung am ehesten gewährleisten.

Fortsetzung auf Seite 2

Dr. Patrick Rapp MdL

Ihr Landtagsabgeordneter für den Breisgau



Newsletter April 2022

Quo Vadis Landeshaushalt

Wirtschaftliche Verwerfungen, hohe Inflation. Die Befürchtungen um die Steuerschätzung im Mai sind da. Die Coronakrise wird Ihre Spuren hinterlassen und der Ukrainekrieg seinen Teil dazu beitragen. Wir mussten im Land in den letzten Haushalten die Schuldenbremse aufgrund der Pandemie aussetzen. Aus gutem Grund. Das Land war gut beraten, die Betriebe zu unterstützen. Diese Schuldenbremse ist nun aber wieder einzuhalten und das ist gut so. Denn auch in schwieriger Zeit ist nur eine generationengerechte Finanzpolitik zukunftsfest. Auch ein Staat respektive Land muss vernünftig haushalten, so, wie wir dies als Privatpersonen oder wie es Betriebe auch müssen. Dies bedeutet allerdings im Umkehrschluss, dass in Zeiten geringerer Steuereinnahmen – und davon ist auszugehen – verstärkt darauf geachtet werden muss, wofür Geld ausgegeben werden kann. Hier hat uns auch der Rechnungshof ins Stammbuch geschrieben, und der Steuerzahlerbund hat es bekräftigt, dass das Land eine Priorisierung vornehmen muss. Eine weitere Vergrößerung der Landesverwaltung muss hinterfragt werden. Auch eine Förderung in vielen Bereichen mit dem Füllhorn wird sicher nicht möglich sein. An der einen oder anderen Stellen wird dies sicher zu Enttäuschungen führen. Es gilt also auch innerhalb unserer Gesellschaft zu diskutieren – „was ist uns wichtig“? Wie setzen wir knapper werdende Ressourcen sinnvoll ein?



Duale Ausbildung – Ein Zukunftsmodell mehr denn je

„Wir brauchen Meister und Master“, ein Satz der oft verwendet wird. Dennoch klagen viele Betriebe darüber, Ihre Lehrstellen nicht besetzen zu können. Bei vielen Gesprächen, die ich Auszubildenden und Auszubildenden geführt und sie gefragt habe, was denn für sie wichtig ist oder was sich auch ändern sollte wurde mir immer wieder gesagt, dass Ihnen hauptsächlich die Wertschätzung für Ausbildungsberufe fehle. Sie fühlen sich, verglichen zu Hochschulabsolventen, als nicht vollwertig behandelt.

Dafür gibt es keine Gründe. Andere Länder beneiden uns um unser Duales Ausbildungssystem, das wir in den letzten Jahrzehnten erfolgreich praktiziert haben. Warum sollten wir diesen erfolgreichen Weg verlassen und sämtliche Berufsbilder akademisieren, wie von einigen Richtungen gefordert? Die Duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Sie verbindet Theoriewissen mit praktischer Umsetzung.

Technik und Lebensweise ändern sich, und damit die Berufsbilder. Im Bereich der Digitalisierung sehen wir dies sehr deutlich. Wir müssen dafür Sorge tragen, die Ausbildung auf dem neuesten Stand zu halten, permanent weiterzuentwickeln und den Änderungen in der Technik anzupassen. Dazu gehört auch die entsprechenden Fortbildungsmöglichkeiten weiterzuentwickeln. Handwerk ist der Mittelstand von nebenan und eine ernstzunehmende Wirtschaftskraft. Selten waren die Chancen im Handwerk größer als sie es derzeit sind.

Sag e mol....

Fortsetzung von Seite 1

Wirtschaften braucht Regeln.

Und Wirtschaft ist eingebunden in einen großen Kontext – steht also nicht für sich alleine. Es sind viele Belange zu berücksichtigen. Sei es der Klimaschutz, der Natur- und Umweltschutz, das Wohl der Beschäftigten und vieles mehr. Hierzu sind Regeln notwendig, um Standards einzuhalten und vielen Belangen gerecht zu werden. Hier gilt es über Maß- und Mitte ohne Scheuklappen nachzudenken und die Entwicklungen der letzten Jahre kritisch zu hinterfragen und weiterzudenken.

Krisen, so dramatisch und herausfordernd sie sind, stellen uns vor diese Aufgabe und fordern uns auf, Dinge zu hinterfragen und gegebenenfalls zu korrigieren und in andere Richtungen zu denken und zu lenken. Gerade jetzt, wenn wir über Begriffe wie „Versorgungssicherheit“ diskutieren, wäre die Zeit dafür.

Ihr
Dr. Patrick Rapp

*Ich wünsche Ihnen/Euch
von Herzen
Frohe Ostern!*



Dr. Patrick Rapp MdL
www.patrick-rapp.eu

Verantwortlich: Thomas Wiestler 13.04.2021